

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18093. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Nochmalige Vertagung der Entscheidung.

### Die Verhandlungen am Montag.

Spa, 13. Juli. (U.) Die Beratungen über die Kohlenfrage begannen gestern damit, daß die Vertreter der Entente erklärten, es müsse prinzipiell bei der Ziffer von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich bleiben. In Zukunft werde dann die Reparationskommission von Fall zu Fall die weiteren Ziffern festsetzen. Versuchsweise soll jedoch für die nächsten sechs Monate die Leistung auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden. Diese Forderung wurde vom deutschen Außenminister Simons als undurchführbar bezeichnet. Vielleicht wenn Deutschland sofort in ausreichenden Mengen Lebensmittel erhalte, würde es möglich sein, das deutsche Angebot auf 1 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen. Späterhin würde dann voraussichtlich infolge der Neueinstellung von Bergarbeitern eine weitere Steigerung von monatlich 3 400 000 Tonnen erzielt werden können. Sollte die Entente auf ihrer Forderung bestehen, so zieht Deutschland es vor, sich der Entscheidung durch die Reparationskommission zu unterwerfen. Diese müsse dann aber auch die Ausführung ihrer Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes würde sich wieder von der Entente, nicht von Deutschland die am grünen Tisch gefassten Beschlüsse diktiert lassen. Die öffentliche Meinung in Deutschland sei ohnehin durch das in Spa beliebte Diktatssystem aufs äußerste erregt und könnten leicht schwere Folgen eintreten, wenn davon nicht abgegangen würde. Nach längerer Beratung mit den übrigen Vertretern der Alliierten erklärte Lloyd George, es müsse in der Kohlenfrage bei dem Gesagten sein Bewenden haben. Er räte dringend, die Angelegenheit nochmals ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese sagte Minister Simons für heute zu. Die Sitzung wurde sodann auf Dienstag, nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

### Der Sachverständigenbericht der Alliierten.

Spa, 12. Juli. Der Bericht der Sachverständigen der Alliierten in der Kohlenfrage lautet: Die Sachverständigen der Alliierten sind der Ansicht, daß die von der deutschen Delegation vorgetragene Ziffer nicht derartig ist, daß sie irgendeine Besserung in den Dispositionen des am 5. Juli mitgeteilten Protokolls rechtfertigen würden.

### Noch kein Ende der Konferenz.

Spa, 12. Juli. (Havas.) Es herrscht die Befürchtung, daß die Arbeiten der Konferenz am Montagabend nicht abgeschlossen werden können. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates von heute vormittag erklärte Millerand, daß seine Absicht, die zuerst am Sonntagabend angefangen war, vertohben worden sei. Die Konferenz werde ihre Arbeiten fortsetzen.

### Die Entschädigung Belgiens.

Spa, 12. Juli. Nation beige berichtet, daß die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Entschädigung gestern einen großen Fortschritt gemacht hätten; zunächst sei Belgien der Anteil von 8 Prozent endgültig zugestanden worden unter den von ihm gestellten Bedingungen der Belbehaltung der Seepfisen und der Anerkennung des Maritabkommens. England habe zuerst Einwände gemacht, aber nach Erlangung gewisser Kompensationen seitens einer andern Macht (wie das Blatt glaubt Griechenland), gleichfalls zugestimmt. Das Maritabkommen hätten die alliierten Mächte durch die Reparationskommission anerkennen lassen und hätten ihm ihre Zustimmung gegeben. Ueber Einzelheiten der Rückzahlung seitens Deutschlands werde mit Deutschland nach Beendigung der Konferenz von Spa verhandelt werden müssen. Belgien erhalte außerdem das Versprechen, 40 Prozent in Natura von den Sachleistungen zu erhalten, zu denen Österreich und Ungarn durch den Friedensvertrag verpflichtet seien. Auch die Frage der Deckung der belgischen Priorität von zwei Milliarden Goldmark (nicht 2 1/2 Milliarden, wie man dem Blatt zufolge irrtümlich behauptet) sei gleichfalls entschieden; die Deckung geschehe dadurch, daß man Belgien gewisse Kredite absetze, die Deutschland in mehreren fremden Staaten besitzt, so in Dänemark (400 Millionen dänische Kronen, entstanden durch Abtretung der ersten schleswigschen Zone), in Brasilien (entstanden durch die großen Seepfisen in den brasilianischen Häfen), in den Vereinigten Staaten (entstanden durch den Ueberfluß der unter Sequester verkauften Güter in den Vereinigten Staaten), in Luxemburg (wegen der Kohlenlieferungen im Betrage von 5 Millionen Frank monatlich), in fast allen Staaten der Welt aus Lieferungen von Farbstoffen und schließlich eine gewisse Summe aus dem Verkauf des in den deutschen Arsenalen befindlichen Kriegsmaterials. Nach einem Abkommen, dessen Unterzeichnung bevorstehe, werde die Deckung der Priorität am 1. Mai 1921 beendet sein. Sei sie es nicht, so erhalte Belgien den Rest aus dem ersten Abschritt der internationalen Anleihe, die ihm bis zu 50 Prozent zugestimmt sei. Das Blatt berichtet weiter, daß man übereingekommen sei, daß zukünftig die Unterhaltungskosten für die Okkupationsarmee auf der Grundlage von 16 französischen Franken pro Kopf und Tag berechnet würden, während sie bisher 65 Franken täglich für die amerikanischen und 35 Schilling für die englischen Soldaten betragen. Belgien seien ferner die sechs Schiffe von mittlerer Tonnage und sechs von unter 10 000 Tonnen, die von ihm als gute Preise erklärt wurden, und alle in Seebrügge, Ostende und an der

Rüste genommenen Schiffe zugesprochen worden, insgesamt 130 000 Tonnen. — Diese 130 000 Tonnen sollten Deutschland bei der Entschädigung nicht angerechnet werden, wenigstens verteidigten die belgischen Minister diesen Standpunkt. Belgien fordere außerdem noch 200 000 Tonnen, die durch deutsche Unterseeboote versenkt seien.

### Ein Vorschlag der Alliierten auf Ermäßigung der französischen Forderung.

Spa, 12. Juli. (U. T. B.) Die Alliierten haben Frankreich einen Vorschlag gemacht, der Frankreich dazu bestimmen soll, entgegenzukommen und die Kohlenforderungen an Deutschland von 2 400 000 Tonnen auf 1 800 000 Tonnen zu ermäßigen. Sinnlos wurde heute als deutscher Sachverständiger von der Kohlenkommission gehört.

### Verhandlungen des Obersten Rates über Polen.

Spa, 12. Juli. (T. U.) Der Oberste Rat hat, wie in alliierten Kreisen bekannt wird, gestern eine Sitzung abgehalten, um die Frage von Danzig, Teschen und die Lage von Polen zu besprechen.

### Gegen die geplante Erhöhung der Nahrungsmittelpreise.

Berlin, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 55 Prozent geplant sein soll, hat nach einer Meldung des Vorwärts in den Kreisen der wachsenden Bevölkerung lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Ufa, haben sich deshalb an das Ernährungsministerium mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einspruch erhoben. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß bereits die gegenwärtig hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Regelung ab, wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerpreise ohne Steigerung der Kleinhandelspreise stattfinden, d. h., daß die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reich getragen werden, in letzter Linie aber auch hier die breiten Bevölkerungskreise indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regelung die Absicht der Preiserhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt.

### Gegen die Pulshetze.

Um allen Verleumdungen und den im Reiche umlaufenden Gerüchten über Bildung einer Roten Armee in Braunschweig entgegenzutreten, hat das Staatsministerium an den Braunschweiger Gesandten in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:  
Pressemitteilungen zufolge soll Braunschweigs öffentliche Sicherheit und Ordnung durch kommunistische Umtriebe bedroht sein. Diese Pressemitteilungen verfolgen den Zweck die Regierung zu einem Einschreiten in Braunschweig zu veranlassen und geben von ganz bestimmter Seite aus. Teilen Sie Reichsregierung mit, Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit in Braunschweig ist völlig ruhig und lehnt im Einverständnis mit ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einen provokatorischen Generalstreik entschieden ab. Unruhen sind in Braunschweig seit Jahr und Tag nicht vorgekommen, auch keine Lebensmittelpremie in letzter Zeit. Flugblätter von Provokateuren oder unreifen Buben, mit Unterschrift „Provisorisches Oberkommando“, sind von gesamter Arbeiterschaft abgelehnt. U. S. B. D. hat Warnung vor Provokationen erlassen. Alle Zeitungsnachrichten über Unruhen in Braunschweig sind reaktionäre Machwerke, um sozialistischer Regierung in Braunschweig Angelegenheiten zu bereiten.  
Staatsministerium. ges. Dexter.

### Der Wiederzusammentritt des Reichstags.

Berlin, 13. Juli. (T. U.) Die durch die Verhandlungen in Spa unterbrochenen Verhandlungen des Reichstages werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, am 28. Juli wieder aufgenommen werden und bis zum 6. August andauern. Es werden noch wichtige Gesetze verabschiedet, außerdem Beschlüsse über die Ereignisse der deutschen Unterhändler mit den Vertretern der Entente in Spa herbeigeführt werden. Am 6. August soll die Vertagung des Parlaments bis zum September erfolgen.

## Die Konferenz von Spa und der Zusammenbruch des Imperialismus.

F. P. Der Weltkrieg, den eine lange Periode intensiver imperialistischer Expansion vorbereitete und verursachte, hat die kapitalistische Produktions- und Gesellschaftsordnung aus den Angeln gehoben. Unermessliche materielle und ideale Werte sind im Interesse und zum Teil wahnwütiger imperialistischer Pläne zerstört worden, die Produktionsmittel in Industrie und Landwirtschaft sind bis auf den Grund ruiniert, so daß die Befriedigung des Konsumbedürfnisses der Menschheit heute nicht nur für Mitteleuropa, sondern für die gesamte kapitalistische Welt eine kritische Frage ist, das Verkehrswesen und die Rohstoffversorgung der ganzen Welt zusammengebrochen, ungeheure, beispiellose Mißstandszustände, die von ebenso unerträglichem und undurchführbarem Steuerlasten begleitet sind, drohen die Völker zu erdrücken, Millionen der besten, arbeitsfähigen Männer modern auf den Schlachtfeldern, deren dem Elend preisgegebenen Hinterbliebenen, wie die Millionen Kriegskriecher die Gesellschaft ganz enorm belasten — kurz, wohin wir auch blicken, überall die sich noch immer tiefer fressenden Wirkungen des fünfjährigen Weltwahnsinns und die absolute Unmöglichkeit unter dem kapitalistischen System, das Chaos zu überwinden. Das sind auch die tieferen Ursachen der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Weltkrise; Waffenstillstand, Friedensvertrag, Friedensschluß und die zahlreichen Konferenzen, deren vorläufige letzte gegenwärtig in Spa zur Lösung der ungelösten drängenden Aufgaben stattfindet, können an diesem unverrückbaren Tatbestand nichts ändern.

Seit einem Jahr wird der Gewaltfriede von Versailles gestritten und umkämpft. Die Bedingungen und Forderungen der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain sind in der Tat von Mitteleuropa einfach unerfüllbar. Aber man soll bei der Bekräftigung des Friedensvertrages, der, wie alle „Friedensverträge“ der Geschichte, doch nur als eine Auswirkung des Krieges angesehen werden kann, sich davor hüten, in oberflächlichen politischen oder moralischen Dementationen unterzugehen und dabei die tatsächlichen ursächlichen Zusammenhänge zu übersehen. Das internationale Proletariat wird als Todfeind des Imperialismus sich naturgemäß mit aller Kraft und Leidenschaft gegen dessen verbrecherische Politik wenden, ob es sich nun um die Verkündung eines Krieges oder um einen „Frieden“ handelt, der die Fortführung des Krieges mit andern Mitteln bedeutet. Aber man wird sich bei letzterem darüber klar sein, daß man von einer Regelung imperialistischer Allianz nicht einen Verständigungsfrieden oder gar einen dauernden Frieden der Völkerveröhnung erwarten kann. Von solchen Illusionen, die am gefährlichsten dann sind, wenn sie zum politischen Grundpaß erhoben werden, hat sich das sozialistische Proletariat unter allen Umständen freizuhalten, denn sie sind letzten Endes eine Begünstigung und Stärkung des Imperialismus. Ohne viel Prophetengabe kann man deshalb heute schon voraussagen, daß die Konferenz von Spa den Diktatfrieden von Versailles nicht in einen Verständigungsfrieden umwandelt; daß die geringfügigen Änderungen, die vielleicht vorgenommen werden, die der Lösung harrenden wirtschaftlichen und politischen Aufgaben nicht befähigen. Und die Entente läßt sich bei dieser grundsätzlichen Haltung keineswegs leiten von blinder politischer Leidenschaft, rücksichtslosem Vernichtungswillen; sondern von politischen Erwägungen und Berechnungen, ja noch mehr von absoluten finanziellen Notwendigkeiten, vor die sie der „negativen“ Krieg gestellt hat.

Der Weltkrieg endete mit dem Siege des Ententeimperialismus. Bei Abschluß des Waffenstillstandes waren indes die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten und die Menschenverluste auf beiden Seiten, wenn man von Amerika abliest, verhältnismäßig fast die gleichen. Besiegt waren faktisch beide Parteien, die Verluste beiderseits stellten die allgemeine Erschöpfung in nahe Aussicht. Amerika gab den Ausschlag und Wilson übernahm mit seinen 14 Punkten die Garantie für einen Verständigungsfrieden, der dem Besiegten lediglich die Last der Wiedergutmachung aufzuerlegen gedachte. Wilson ist mit seinen Absichten und Plänen befanntlich völlig gescheitert. Die persönliche Seite des Falles interessiert uns hier nicht, keineswegs aber ist Wilson als ein Opfer der mephistophelischen Künste Clemenceaus, sondern vor den Notwendigkeiten des Ententeimperialismus gescheitert, dem nichts ferner lag als eine Verständigung mit dem mitteleuropäischen Block, dessen Niederlage für ihn unter allen Umständen zum Überwältigen Sieg und Gewinn werden mußte. Wie in der Natur der kapitalistischen Konkurrenz liegt es auch in der Natur des Imperialismus, der ja nur die Konkurrenz auf ihrem Gipfelpunkt darstellt, daß es sich mit dem niedergeschlagenen Gegner nicht ver-